

Ernüchternde Fakten in Unna: Nur auf Minimum “aufgeklärter” Straftaten folgt Anklage

Von
Redaktion

11. November 2017



Beim Vortrag

Eine ernüchternde Erkenntnis. Nur **3 bis 4 Prozent** aller Straftatverdächtigen, die die Polizei in mühsamer Arbeit ermittelt, werden anschließend **auch angeklagt und im besten Fall verurteilt.**

3 bis 4 Prozent, bei manchen Delikten noch weniger. Und das bei Aufklärungsquoten, die auch nicht zum Jubeln sind: Bei der Kreispolizei Unna liegt sie bei Wohnungseinbrüchen derzeit z. B. bei 18 Prozent.

Für den pensionierten Polizeibeamten **Klaus Göldner, Chef der Freien Liste Unna (FLU)**, ist das alles ein niederschmetternder und unhaltbarer Zustand.



Klaus Göldner (FLU)

Er erlaubte sich als jahrzehntelanger Praktiker kritische Fragen beim **Besuch des ranghöchsten Kriminalbeamten NRWs in Unna: Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann** sprach als Gast der "Stiftung Zukunft" der Sparkasse UnnaKamen über „Zwischen Urban und Cyber – Herausforderungen für die Kriminalstrategie der Metropolregion Rhein-Ruhr“.

The infographic is titled "Die Polizei NRW" and is presented by the "Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen". It features the state coat of arms and several statistics and service areas:

- 50.000 Bedienstete** (50,000 employees)
- 14.000 Einsätze täglich** (14,000 interventions daily)
- 1,47 Mio. Straftaten jährlich** (1.47 million crimes annually)
- Einsatz- und Ermittlungsvorgänge:**
 - Täglich ca. 14.000 Einsätze (Cebius)
 - 3 Mio. Vorgänge jährlich (IGVP)

At the bottom left, there is a small text: "4 'Von Urban zu Cyber'; 9. November 2017, Stiftung Zukunft, Unna".

Und dabei fiel es Göldner zeitweilig schwer, ruhig und entspannt zu bleiben. "Herr Schürmann beschrieb die Bekämpfung international reisender Täter, organisierter Kriminalität, des internationalen Terrorismus und Cyberkriminalität", schildert der FLU-Fraktionschef seine Eindrücke des Vortrags. "Breiten Raum nahm auch die Beschreibung der allgemeinen Probleme der Polizeibehörden in Anspruch."

Eine Diskussion kam erst auf, als Göldner kritisch nachhakte: **Wie viele Tatverdächtige, die die Polizeibehörden als "ermittelt" und die Tat als "aufgeklärt" verbuchen, werden denn tatsächlich auch verurteilt?**

Die Antwort des Landeskriminaldirektors war ernüchternd: **3 bis 4 Prozent.**

Göldner kleidet diesen Prozentsatz in ein Rechenbeispiel:

"Geht man von einer Gesamtfallzahl in einem Deliktsbereich von 50.000 Fällen aus, so werden bei einer **Aufklärungsquote von 10 %** (ist bei Massendelikten schon sehr gut) **5.000 Straftaten aufgeklärt. Verurteilt** werden dann letztendlich **150-200 Täter.**"

Diese Tatsache trage zu seinem persönlichen Sicherheitsgefühl sicherlich nicht bei, betont der FLU-Vorsitzende.

"Wir alle brauchen nur auf die Folgen der ‚**Silvesterereignisse in Köln**‘ zu schauen. Im Nachgang wurden weit **über 1000 Anzeigen erstattet, die bislang in ca. 10 Fällen zur Verurteilung** von Tätern führten."

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Metropolregion Rhein-Ruhr

- In NRW leben rund
> 2,2 Mio. Nichtdeutsche (Stand 8/16)
> 4,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund (Stand 12/15)
- 26.000 Menschen werden p. a. eingebürgert
- Internationale Großflughäfen in Düsseldorf, Köln,
sowie in Weeze, Dortmund, Paderborn, Münster
- 11,3 Mio. amtlich registrierte Kraftfahrzeuge
(641 Kfz pro 1.000 EW)
- 2.000 km Bundesautobahnen (602 Zu-/Abfahrten)

Dieses Dilemma sei jedoch nicht vorrangig Schuld der Polizei. "Ihre Ressourcen werden in immer häufiger werdenden Großeinsätzen verbraucht", kritisiert Göldner. "Die Zeit, die z.B. Tausende von Polizeibeamten beim Schutz eines „Gipfels“ oder bei wöchentlichen Fußballspielen verbraucht, steht letztendlich dem Bürger zu dessen Schutz nicht mehr zur Verfügung. **Hier muss die Politik Wege zur Entlastung finden!**"

Dies durch die **Aufstockung der Einstellungszahlen** – obwohl heute eingestellte Beamte den Dienst erst in 3 Jahren antreten können – und durch zeitnahe Bestrafung, fordert Göldner.

Und ein entscheidender Punkt ist für ihn: "*Die Probleme müssen **benannt, diskutiert und angegangen** werden. Kontroverse Diskussionen dürfen nicht durch „Hofberichterstattung“ der Medien umgangen werden.*"

Zu denken gab dem pensionierten Polizeibeamten die Tatsache, "dass bei dieser für die Polizei nicht unwichtigen Veranstaltung **nicht ein einziger aktiver Polizeibeamter der Kreispolizeibehörde Unna zugegen war...**"

(Fotos: Freie Liste Unna)